

Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 09.12.2008 , Seite 3

# Schulreform: Rendsburg will Land verklagen

*42 Millionen Euro will das Land den Kommunen in den nächsten beiden Jahren für den Neu- und Ausbau der neuen Schulformen zahlen. Zu wenig, meint Rendsburgs Bürgermeister und droht mit Klage.*

**Rendsburg/sh:z** – Auf die große Koalition im Land waren Schleswig-Holsteins Bürgermeister noch nie gut zu sprechen. 240 Millionen Euro haben die Regierenden in Kiel seit 2007 aus den Kassen von Kreisen, Städten und Gemeinden in den maroden Landeshaushalt umgelenkt. Und auch die vom Landtag verabschiedete Novelle zum Schulgesetz empfinden Kommunalpolitiker als finanziellen Klotz am Bein.

Jetzt, so scheint es, reicht es einigen Verwaltungschefs zwischen Flensburg und Lauenburg. Rendsburgs Bürgermeister Andreas Breitner (SPD) jedenfalls schließt eine Klage gegen das Land nicht mehr aus. Ziel sei es, dass das Land die kompletten Kosten für nun notwendige Investitionen in Schu-

len trägt. Sechs Millionen Euro seien das allein für Rendsburg, vier Millionen Euro für die Stadt Pinneberg, mindestens 110 Millionen Euro landesweit, hat Breitner ausgerechnet. Knapp zwei Dutzend Amtskollegen aus den Reihen der SPD sähen das genauso, betont der Rendsburger. Dort hofft Breitner, Verbündete für eine gerichtliche Klärung zu finden.

Gutachten zur so genannten Konnexität kommen zu unterschiedlichen Urteilen. Juristen der Landtagsverwaltung sehen das Land in der finanziellen Verantwortung für Beschlüsse des Parlaments; Experten im Bildungsministerium bestreiten das, verweisen zudem auf einen Sanierungsstau, den die Kommunen als Schulträger selbst zu verantworten hätten.

Anfang November verständigten sich Landesregierung und Kommunale Landesverbände auf einen

Kompromiss. 42 Millionen Euro will das Land danach in den nächsten beiden Jahren für den Schulbau bereitstellen, weitere 70 Millionen für den sozialen Bereich. Insgesamt lautet das Angebot auf 143 Millionen Euro. Bedingung damals: Anhängige Klagen zur Abrechnung von Sozialkosten sollten zurückgezogen, finanzielle Forderungen im Zusammenhang mit den Schulformen als abgegolten betrachtet werden.

Doch der Frieden zwischen Land und Kommunen wankt. Pikant an der Klageandrohung des Rendsburger Bürgermeisters: Breitner, zugleich SPD-Parteivize, geht nicht nur auf Konfrontationskurs zum SPD-geführten Bildungsministerium von Ute Erdsiek-Rave; er geht auch auf Distanz zur

SPD-Landtagsfraktion, die dem Finanzpaket morgen bei der Schlussrunde der Etatberatungen zustimmen wird. Nicht zuletzt ist die Ankündigung des Rendsburgers eine Ohrfeige für den Städteverband, der die Vereinbarung mit der Landesregierung – nach ausführlicher Debatte in den Gremien – bereits schriftlich akzeptiert hat.

Den SPD-Vorsitzenden Ralf Stegner lässt der Alleingang seines Stellvertreters kalt. Breitner agiere als Bürgermeister, das sei seine „erste Aufgabe“, ließ Stegner über einen Sprecher mitteilen. Im Übrigen sei die SPD keine Kommandopartei, sondern ein zuweilen „mehrstimmiger Chor mit unterschiedlichen Interessen“.

GERO TRITTMACK  
PETER HÖVER